

Geistig-politische Situation Berlins.

Die Nachkriegsgeschichte Berlins ist eine Reihe erfolgreicher Kämpfe gegen äußere Bedrohung. Unter sowjetischer Besatzung hat die Unterwerfung des Ostsektors unter kommunistische Herrschaft nicht verhindert werden können. Aber über die Stadtgrenze hinweg ist die geistige Grundhaltung der Bevölkerung bis heute erhalten geblieben:

1. die Ablehnung der kommunistischen Diktatur
2. der Wille zur parlamentarisch-demokratischen Regierungsform
3. die Übereinstimmung mit den Grundwerten und Grundrechten des Grundgesetzes
4. die Zustimmung zur Anwesenheit westlicher Truppen in West-Berlin
5. die Bewahrung der inneren oder nationalen Zusammengehörigkeit trotz aller Abgrenzung und Feindung durch östliche Maßnahmen
6. der unaufgebbare Wunsch nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit in freier Selbstbestimmung.

Auf der Grundlage einer gemeinsamen Geisteshaltung der Bevölkerung

war die für West-Berlin existenzentscheidende Abstimmung der Sozialdemokraten über die Reigerung zum Zusammenschluß mit der RDT im Frühjahr 1946 denkbar

und konnte die Opfer- und entbehrungsreiche Blockade 1948/49 durchgehalten werden.

Der Prüfstand 1953 bewies, daß auch nach jahrelanger Fremdherrschaft und Steuerung der Politik durch eine kommunistische Minderheit die Grundeinstellung des Volkes ^{im Osten} keine andere als im Westen war.

Inzwischen ist eine neue Generation herangewachsen. Manche Anschauung mag sich geändert haben, manche Hoffnung der Älteren enttäuscht worden sein.

Formal behaupte ich:

In den wichtigsten Elementen der geistigen Grundhaltung der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes hat sich nicht geändert.

Dafür gibt es ganz einfache Beweise:

a. Hat sich gründlich etwas geändert, könnte der Ost-Staat die Mauer, die er vor 20 Jahren errichtet hat, nicht einreißen oder weit öffnen; stattdessen grenzt er sich ab, erhöht er für Westbesucher das Eintrittsgeld, erschwert er die journalistische Arbeit und sagt er nicht, den Reiseverkehr von Ost nach West über den Kreis der Randländer hinaus zu erleichtern.

b. Allen ursprünglichen Verbotsen zuwider muß das Ostregime machtlos mit ansehen, daß die ganze Bevölkerung ^{- so wie es feierlich kam -} insbesondere den Nachrichten dienst und die politischen Sendungen der westlichen Anstalten als Hauptquelle der Information einschaltet. Es kennzeichnet

den politischen Standort und den gesellschaftlichen -
grad vieler dieser Jüdinnen, kann sie sich bei uns
davor bewahren, daß es westliche Landungen
gibt, die so gestaltet sind, als kämen sie aus
dem Osten.

- c. In ungestörter Rührung bleibt festzuhalten, daß
Regierung und Parlament im besten, besten Willen
und Organisation, Kirchen und viele Teile
der Bevölkerung trotz aller Hindernisse bemüht
sind, aus dem Bewußtsein der Verantwortung
für den anderen Teil Ostlands jede mögliche
Beziehung aufrecht zu erhalten und die Kontakte
zu den Menschen zu fördern. Diese Grundhaltung
läßt sich auch dann nicht bezweifeln, wenn da oben
dort Gründungsvereinigungen auftreten oder
mit dem Ablauf der Jahre neben dem allgemeinen
Umschwung an geistlichen Kenntnissen in der Jugend
hier und wieder auch das politische Problem bewußtsein
abnimmt.

Es wird eine wesentliche Aufgabe der Bürgergemeinschaft
sein, solchen Entwicklungen entgegenzuwirken
und jüngere Menschen klarzumachen, daß das
ihnen in den Kopf gefallene Gebot der eigenen
Freiheit nicht gesichert werden kann, wenn sie
so offensiv durch Aktivitäten für ihre Landsleute
in der Unfreiheit verteidigen.

Ich brauche nicht zu betonen, welche unersetzliche Rolle
dabei denen zukommt, die selbst die Gefährdung der
Unfreiheit gemacht haben und als Flüchtlinge

lebendiges Zeugnis für die gewaltsame
Zerstückelung ihrer Familien
und unseres Landes sind.

Unter den Mitgliedern der Bünde sammelt sich ein
Bewusstsein, daß es über alle diese Punkte keine großen
Meinungsverschiedenheiten gibt; im Gegenteil:
daß wir uns ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit
und Strömungen zusammenfinden
können und sollten, um in dieser viel
innerpolitischen zuspitzenden Lage die
Gründübereinstimmung der Demokraten
in Parteien, Gewerkschaften und Verbänden
gegenüber denen zur Geltung zu bringen,
die inmitten einer mehrheitlich ganz
friedlich, staatsbürgerlich und grundgesetzkenn-
denkenden erprobten und fleißigen Bevölkerung
den Versuch unternehmen,

durch Gewalt anarchisierende und chaotische
Zustände der Verängstigung und der Lähmung
zu schaffen, in denen das geordnete
Staatswesen West-Berlin als ein nach
deutschem Willen zum Bundesrepublik
Deutschland zählender Landes teil
schließlich untergeht.

Wir haben nicht alle die Jahre hindurch entfallen lassen die
schweren Bedingungen unserer Freiheit vom
Außen abgewehrt, um dann durch Angriffe von
innen her und durch Zermürbung des demokra-
tischen Lagers zu vernichten!

Inzwischen ist ja wohl hinlänglich bekannt,
daß macht hungrige Minderheiten den
Marsch durch die Institutionen auch
dann in der Praxis praktiziert haben.

Deshalb kann die Antwort nicht lauten:

Wir müssen dafür sorgen, daß die
schon allzu lange und noch immer
schweigende Mehrheit der Bevölkerung
sich in der Öffentlichkeit,

gegenüber Parteien und Medien,
in den Verbänden und auch auf der
Straße

klar und deutlich bemerkbar macht und über-
zeugend zum Ausdruck bringt, was ihre
Wille ist.

In der Vergangenheit ist die Bevölkerung oft genug
zusammengeströmt, um der Welt Öffentlichkeit
in Zeiten der Bedrängnis zu demonstrieren,
auf welcher Seite sie steht.

Es gibt keinen Grund, auf solche Willens-
äußerungen zu verzichten,

wenn der innere Bestand unserer
Rechtsordnung durch eine Minderheit
gewalttätiger Sozialrevolutionäre
gefährdet wird.

Hierzu ist immer weniger Anlaß, als durch
diese Gewalttaten unwillig Volkes Vermögen

in Millionenhöhe gestört wird und die Mehrheit
der Bevölkerung über die Steuern auch noch

WD-ACDP Konrad-Adenauer-Stiftung